

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Schullandschaft aus der Schieflage holen – mit neuen Schulmodellen eine Perspektive für den ländlichen Raum ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Genehmigung zur Durchführung eines Kooperationsmodells, eine zukunftsfähige regionale Schulentwicklung umzusetzen, indem

- im Sinne einer Öffnungsklausel unterschiedliche Organisationsmodelle bzw. Konzepte zugelassen werden, die für die jeweiligen örtlichen Bedingungen als passgenau definiert wurden, und indem kein einheitliches Organisationsmodell von „oben“ festgelegt wird, das alle anderen ausschließt;
- etwa in Schulen mit Haupt- und Realschulzweig unter einem Dach unterrichtet werden kann (integrativ oder nach Zweigen differenziert);
- an den Modellschulen ein mittlerer Bildungsabschluss (Realschulabschluss) erlangt werden kann;
- die Modellversuche wissenschaftlich begleitet und nach sechs Jahren von einem unabhängigen Gremium evaluiert werden.

#### **Begründung:**

Die demographische Entwicklung, das sich wandelnde Übertrittsverhalten und die Anforderungen der Wirtschaft nach Höherqualifikation haben bereits zu tiefgreifenden Veränderungen der Schullandschaft in Bayern geführt, die sich in Zukunft fortsetzen werden. Eine Folge davon ist, dass gerade im ländlichen Raum viele Schulstandorte bedroht sind, wenn diese Schulen Hauptschulen bleiben. Vielerorts sind von Schulleitungen, Kollegien und Eltern in Zusammenarbeit mit der Gemeinde neue Schulmodelle entwickelt und beantragt worden. Die Rahmenbedingungen für die Kooperationsmodelle wurden u.E. zu eng gefasst, so dass eine ernsthafte Schulentwicklung in Bayern blockiert wird. Das Kultusministerium muss zur Kenntnis nehmen, dass sich das Schulsystem in einer massiven Umbruchsituation befindet und endlich handeln.